

Fragen

für die Fragestunde der 132. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 4. November 2015

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 28	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	10, 11	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	24, 25	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	12, 13
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36	Renner, Martina (DIE LINKE.)	39, 40
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	27, 32	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 23	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	37, 38	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	29, 30	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie...	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	14

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

1. Abgeordneter
**Stephan Kühn
(Dresden)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Schlussfolgerungen zieht der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, nach Gesprächen mit der US-Umweltbehörde EPA und dem US-Transportministerium hinsichtlich der Verbesserung von behördlichen Kontrollen bei der Überprüfung von Schadstoffgrenzwerten in Deutschland?

2. Abgeordneter
**Stephan Kühn
(Dresden)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie soll im Ergebnis der Gespräche mit der US-Umweltbehörde EPA und dem US-Transportministerium die bilaterale Zusammenarbeit hinsichtlich der Einhaltung von Auto-Umweltstandards und Schadstoffgrenzwerten künftig verbessert werden?

3. Abgeordneter
**Christian Kühn
(Tübingen)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wann hat das durch den Parlamentarischen Staatssekretär, Norbert Barthle, in der Antwort auf die Mündliche Frage 8 des Abgeordneten Stephan Kühn (Dresden) in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 30. September 2015 (Plenarprotokoll 18/126, S. 12224) erwähnte Gespräch zwischen dem Kraftfahrt-Bundesamt und der US Environmental Protection Agency stattgefunden, und was war der Inhalt?

4. Abgeordneter
**Christian Kühn
(Tübingen)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Bundesbehörde hat seit dem Jahr 2000 Feldüberwachungen bezüglich der Abgaswerte (CO₂, NOX, Feinstaub) von Kfz-Serienfahrzeugen (Neu- und/oder Bestandsfahrzeuge) durchgeführt, und was waren die Ergebnisse bzw. rechtlichen Konsequenzen?

5. Abgeordneter
**Peter Meiwald
(Bündnis 90/
Die Grünen)**
Welche Position vertritt die Bundesregierung im Rahmen des Komitologie-Verfahrens auf EU-Ebene zur Festlegung neuer Vorgaben für Auto-Abgastests im Hinblick auf den Konformitätsfaktor (bitte unter Angabe des Faktors, welcher von der Bundesregierung favorisiert wird), und wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung?

6. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele der 2,4 Mio. VW-Dieselfahrzeuge, für die das Kraftfahrt-Bundesamt am 15. Oktober 2015 einen Rückruf angeordnet hat, sind in Baden-Württemberg zugelassen, und wie viele Dieselfahrzeuge aus dem VW-Konzern, die mit der Abwrackprämie bezuschusst wurden, sind in Baden-Württemberg zugelassen?
7. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Weshalb hat der Bund mit der Deutschen Bahn AG eine Finanzierungsvereinbarung für die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Oldenburg–Wilhelmshaven abgeschlossen (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2015/115-dobrindt-fv-oldenburg-wilhelmshaven.html), obwohl dort noch das Planfeststellungsverfahren läuft, während der Bund eine solche Vereinbarung für die Elektrifizierung der Südbahn (Ulm–Friedrichshafen) ablehnt, solange kein Baurecht für alle fünf Planfeststellungsabschnitte vorliegt (siehe u. a. Bundestagsdrucksache 18/5642, Antwort zu den Fragen 1 und 2), und wann (bitte Datum nennen) rechnet die Bundesregierung mit der Unterzeichnung des Finanzierungsvertrages (Hinweis: auf Bundestagsdrucksache 18/1257 von April 2014 hatte die Bundesregierung noch Hoffnung auf ein Baurecht für die Gesamtstrecke bis zum Ende des ersten Quartals 2015 gemacht)?
8. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist inzwischen eine Reaktion der Europäischen Kommission auf die Antwort der Bundesregierung zum ersten Aufforderungsschreiben im Zuge des Vertragsverletzungsverfahrens wegen der geplanten Einführung einer Infrastrukturabgabe bzw. PKW-Maut erfolgt, und welche Konsequenzen werden ggf. hieraus gezogen?
9. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Von welchem Zeitrahmen geht die Bundesregierung zur Einführung der Infrastrukturabgabe bzw. PKW-Maut derzeit aus, und ab wann plant die Bundesregierung mit Einnahmen aus der Infrastrukturabgabe bzw. PKW-Maut (bitte Höhe angeben)?

10. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Hat die Europäische Kommission im Rahmen des laufenden Vertragsverletzungsverfahrens von der Bundesregierung verlangt, „dass Deutschland sein Luftverkehrsrecht an die EU-Gesetzgebung anpasst und die Planung von Flugrouten vollständig in die Umweltverträglichkeitsprüfung einbezieht“ (Pressemitteilung der EU-Kommission vom 31. Mai 2013, http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11426_de.htm; bitte begründen), und in welchem Stadium befindet sich das Vertragsverletzungsverfahren aktuell?
11. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Welche Konsultationen hat es seitens der Bundesregierung mit der Europäischen Kommission hinsichtlich dieses Vertragsverletzungsverfahrens gegeben, und inwieweit wurde der Artikel 1 des Entwurfs eines Fünfzehnten Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes (Bundratsdrucksache 439/15) mit der Europäischen Kommission abgestimmt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

12. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Wann genau und auf welchem Weg wurden die Kommunen über den Projektauftrag 2016 zum Bundesprogramm „Sanierung zur Förderung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ informiert?
13. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Wie stellt sich die Bundesregierung eine fristgerechte Einreichung von Projektanträgen durch die Kommunen vor, wenn hierzu eine Reihe von Voraussetzungen zu erfüllen – u. a. ein entsprechender Beschluss des Gemeinderats –, aber nur max. 8 Wochen (www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Home/Topthemen/projektauftrag_zip.html) vorgesehen sind, und warum sind Sportvereine erneut von der Antragstellung ausgenommen, obwohl sie zuneh-

مند mehr Verantwortung für Sportstätten übernommen haben (DER TAGESSPIEGEL vom 27. Oktober 2015)?

14. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den antragstellerseitigen Stand der Arbeiten an Anträgen zur Zwischenlagerung der insgesamt 26 ausstehenden Castoren mit verglasten radioaktiven Wiederaufarbeitungsabfällen aus La Hague und Sellafield auf verschiedene standortnahe Zwischenlager an hiesigen Atomkraftwerken (ggf. bitte auch mit zeitlichen Prognosen), und welche Zwischenlagerstandorte werden dabei nach Kenntnis der Bundesregierung von den Antragstellern konkret ins Auge gefasst (vgl. hierzu Pressemitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit vom 19. Juni 2015)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

15. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wurde bereits über den Verlängerungs- und Aufstockungsantrag zur Förderung des Vorhabens TARGET der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen entschieden (ggf. bitte mit Angabe der Entscheidung; vergleiche Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Stefan Müller, auf meine Mündliche Frage 38, Plenarprotokoll 18/114, Anlage 22), und falls nicht, wann wird die Entscheidung voraussichtlich getroffen werden (hilfsweise bitte zumindest grobe Prognose wie noch in diesem Jahr oder im nächsten Jahr)?

16. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann genau fanden die Gespräche zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und der Deutschen Telekom AG zu einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zur rechtlich bindenden Selbstverpflichtung zum Breitbandausbau statt (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine

Schriftliche Frage 162 vom 28. Oktober 2015),
und inwiefern sind weitere Gespräche geplant?

17. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern sind in diesen Gesprächen über Details eines möglichen öffentlich-rechtlichen Vertrags gesprochen worden, und inwieweit waren Vertreterinnen oder Vertreter der Bundesnetzagentur bei diesen Gesprächen beteiligt?
18. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie werden die Beschlüsse des G7-Gipfels der Staats- und Regierungschefs in Elmau von Juni 2015 zur Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bis Ende des Jahrhunderts und Umbau der Energiewirtschaft bis 2050 (vgl. www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/G8_G20/2015-06-08-g7-abschluss-deu.pdf?_blob=publicationFile&v=4) in den Verhandlungen zu den Handelsabkommen TTIP und CETA berücksichtigt, und welche Position hat die Bundesregierung gegenüber der Europäischen Kommission bisher vertreten, um die Umsetzung dieser Ziele in den Handelsabkommen zu verankern vor dem Hintergrund, dass in der 11. Verhandlungsrunde zu TTIP vom 19. bis 23. Oktober 2015 unter anderem über Erleichterungen beim Handel von fossilen Energieträgern wie Kohle, Uran, Gas, Erdgas und Erdöl sowie Technologien, um diese zu nutzen (vgl. Ausschussdrucksache 18(9)447 und Antwort auf meine Schriftliche Frage Nr. 9/58), verhandelt wurden?
19. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was gedenkt die Bundesregierung in Zukunft zu tun, um dafür zu sorgen, dass TTIP dem Ziel der Dekarbonisierung nicht zuwider läuft?
20. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Spielräume für Nachverhandlungen des CETA-Abkommens erwartet die Bundesregierung durch den bevorstehenden Regierungswechsel in Kanada (bitte genau benennen, welche Änderungen die Bundesregierung für möglich hält bzw. überhaupt anstrebt)?

21. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gespräche zwischen der Bundesregierung und der britischen Regierung gab es über die Privatisierung der Urananreicherungsanlage Gronau (UAA) in den vergangenen zwei Jahren (bitte unter Angabe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Datum und Inhalt), und sind Unterlagen zu den Verkaufsabsichten zugänglich (öffentlich, in der Geheimschutzstelle des Bundestages, etc.) vor dem Hintergrund aktueller Meldungen zum möglichen Verkauf der UAA (siehe <http://news.sky.com/story/1567644/ministers-bid-to-unblock-10bn-urengo-sale>)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

22. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wurde die deutsche Botschaft Washington bzw. der Verkehrsattaché der Botschaft über den VW-Abgasskandal von US-amerikanischer Seite informiert, und welche Korrespondenz (E-Mail, Briefverkehr, Telefonate, persönliche Gespräche) gab es in diesem Jahr zwischen der Bundesregierung bzw. Botschaftsvertretern in Washington und der US-Behörde EPA bzw. derer nachgeordneten Behörden (bitte nach Datum, Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Gesprächsinhalt aufschlüsseln)?
23. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse aus Gesprächen mit der brasilianischen Regierung gibt es von Seiten der Bundesregierung zur geplanten Verfassungsänderung „PEC215“, und mit welchen Auswirkungen rechnet die Bundesregierung im Falle einer Annahme dieser Verfassungsänderung auf die betroffenen indigenen Territorien und damit auch auf die Sicherung der Erfolge, die aufgrund von Investitionen Deutschlands im Rahmen von PPG7/PPTAL erzielt werden konnten?
24. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der in der ostukrainischen Stadt Mariupol nicht stattgefundenen ersten Runde der Kommunalwahlen in der Ukraine am 25. Oktober 2015 (www.kyivpost.com/content/ukraine/politicians-exchange-accusations-as-residents-outraged-at-no-vote-in-mariupol-400632.html) und der – aufgrund eines erwarteten Wahlsiegs

des regierungskritischen „Oppositionsblocks“ – in den Städten Artemiwsk, Awdijiwka, Kostjantyniwka und Marjinka gar nicht erst festgesetzten Kommunalwahl in diesen Städten der Ostukraine (www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=44324&cHash=c055db0dd69494251c9d255df7630d7e#.VjIem8sgfGi)?

25. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit teilt die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis die Auffassungen, wonach es nicht nur „Fehler bei der Planung für die Zeit nach dem Sturz des Saddam-Regimes und bei Geheimdienstinformationen zur Rechtfertigung des Feldzuges gegeben habe“, sondern auch der Irakkrieg den Aufstieg des „Islamischen Staates“ ermöglicht habe (www.spiegel.de/politik/ausland/irak-tony-blair-entschuldigt-sich-fuer-fehler-im-krieg-a-1059485.html), und es heute viel schlimmer sei, als es unter der Herrschaft Saddam Husseins oder Muammar al-Gaddafis jemals war (www.rp-online.de/politik/ausland/us-wahlen/donald-trump-welt-war-besser-mit-saddam-husein-und-muammar-al-gaddafi-aid-1.5498227), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus bezüglich der möglichen Versuche, den syrischen Präsidenten und seine Regierung von außen stürzen zu wollen?

26. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur derzeitigen Menschenrechtssituation von jungen Männern, die u. a. von den Taliban zwangsrekrutiert werden, und besonders gefährdeten Gruppen (wie u. a. Frauen, Lesben, Schwulen, Transsexuellen, Transgender sowie religiösen Minderheiten) in Afghanistan vor?

27. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Wie begründet die Bundesregierung den Rückgang der Mittel aus dem Etat des Auswärtigen Amtes von 71 Mio. im Jahr 2014 auf 49,5 Mio. Euro im Jahr 2015 für das Welternährungsprogramm trotz gestiegenen Bedarfs (www.deutschlandfunk.de vom 20. Mai 2014 „Eine einmalige Situation“)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

28. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahlen der Rückführungen bzw. Abschiebungen in den letzten zwölf Monaten im Vergleich zu den zwölf Monaten (ggf. anderen Vergleichszeitraum nehmen) zuvor entwickelt, und in welche Länder fanden diese im Wesentlichen statt?
29. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Vorausgesetzt Medienberichte (etwa Süddeutsche Zeitung vom 28. Oktober 2015), denen zufolge die Bundesregierung die Einführung einer sogenannten Flüchtlingskarte prüfe, treffen zu, frage ich die Bundesregierung, welche Angaben sie zu dem Zweck und der Funktion der Karte machen kann (bitte angeben, welche Informationen welcher Behörden zu welchem Zweck darauf gespeichert werden sollen), und welche Regelungen zum Datenschutz (beispielsweise technische Vorkehrungen, die das Patientengeheimnis wahren, Auslesesperren o. Ä.) sollen dabei getroffen werden?
30. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Regionen Afghanistans sind nach Einschätzung der Bundesregierung ausreichend sicher, um abgelehnte Asylsuchende dorthin abzuschieben, ohne dass sie dort einer hohen Gefahr der Verfolgung durch staatliche, internationale oder nichtstaatliche Kräfte (OMF, Warlords usw.) ausgesetzt sind, insbesondere vor dem Hintergrund der kürzlich erfolgten vorübergehenden Einnahme der Stadt Kunduz durch Aufständische sowie wiederholt durchgeführter terroristischer Aktivitäten der Aufständischen in der Hauptstadt Kabul, und wie erklärt sich die Bundesregierung den Widerspruch zwischen der Aussage des Bundesministers des Innern, er sei sich mit der afghanischen Regierung „einig“ darüber, dass Angehörige der afghanischen Mittelschicht nicht nach Deutschland fliehen sollten (Statement des Ministers am 28. Oktober 2015) sowie der Aussage des afghanischen Ministers für Flüchtlingsangelegenheiten, Deutschland solle mehr afghanische Flüchtlinge aufnehmen und keine Asylsuchenden abschieben (Deutsche Welle, 28. Oktober 2015)?

31. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Absicht, Afghanen abzuschieben, obwohl vor kurzem viele deutsche Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, aus Afghanistan aus Sicherheitsgründen abgezogen wurden (www.faz.net/aktuell/politik/kanzleramt-macht-druck-afghanen-sollen-abgeschoben-werden-13874407.html)?
32. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung ihre Ankündigung, Geflüchtete aus Afghanistan in Zukunft verstärkt abschieben zu wollen (www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-thomas-demaiziere-kritisiert-oesterreich-a-1059950.html), vor dem Hintergrund, dass die Sicherheitslage in dem Land weiterhin katastrophal ist und es verstärkt zu Anschlägen der Taliban und Kämpfen zwischen der afghanischen Armee und den Taliban kommt?
33. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers des Innern, Dr. Thomas de Maizière, Flüchtlinge aus Afghanistan sollten vermehrt abgeschoben werden, angesichts dessen, dass Deutschland sich seit 13 Jahren am Krieg im Land beteiligt und dass die Regierung dort keineswegs – wie behauptet – mit der Abschiebung einverstanden ist, sondern der Minister für Flüchtlingsangelegenheiten, Alimi Balki, die deutsche Regierung ausdrücklich gebeten hat, keine afghanischen Asylbewerber abzuschieben, sondern mehr afghanische Flüchtlinge aufzunehmen (vgl. www.tagesschau.de/ausland/demaiziere-afghanistan-101.html vom 28. Oktober 2015), und teilt die Bundesregierung die Ansichten des Ministers, weil das Land so viel Entwicklungshilfe erhalten habe, erwarte man, dass die Flüchtlinge dort bleiben und es gebe auch sichere Gegenden (vgl. www.tagesschau.de/ausland/demaiziere-afghanistan-101.html vom 28. Oktober 2015), trotz der Eroberung von Kundus im Handstreich und der steigenden Zahl von Toten und Verwundeten im ganzen Land sowie dem Erstarken des Islamistischen Staats im Osten (vgl. www.zeit.de/politik/ausland/2015-10/abschiebung-fluechtlings-afghanistan-sicherheitslage vom 28. Oktober 2015)?

34. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung den Beschluss des Europäischen Parlaments vom 29. Oktober 2015 mit der Aufforderung an alle EU-Mitgliedstaaten, Edward Snowden als wistleblower und Verteidiger internationaler Menschenrechte Schutz zu gewähren, umsetzen, und wann wird dem Beschluss entsprechend, die Bundesregierung Edward Snowden in Deutschland Schutz vor jeder Auslieferung oder Verschleppung garantieren, auch um ihm zu ermöglichen, vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages Zeugnis abzugeben und die Aktivitäten der Geheimdienste in der Europäischen Union und den USA aufzuzeigen?
35. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern kann die Bundesregierung die in der Presse genannten Umstände und Beweggründe bestätigen, die zur Entscheidung des Bundesministeriums des Innern führten, den Vertrieb der Publikation „Ökonomie und Gesellschaft“ durch die Bundeszentrale für politische Bildung zu unterbinden (vgl. http://blogs.stern.de/hans-martin_tillack/die-lobby-der-minister-und-das-boesebuch/), und wodurch stellt die Bundesregierung sicher, dass bei einem solchen Verfahren die grundgesetzlich garantierte Wissenschaftsfreiheit gewahrt bleibt?
36. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe haben dazu geführt, dass das genannte Werk zukünftig wieder durch die Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben wird, und welche Konsequenzen für ihr künftiges Handeln überlegt die Bundesregierung aus diesem Fall zu ziehen?
37. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung mittlerweile zu Einzelheiten einer „Neuausrichtung bzw. Fortführung der European Union Police Services Trainings“ bekannt, die von der Europäischen Kommission unter Beteiligung der Landespolizei Nordrhein-Westfalen, der Landespolizei Baden-Württemberg und der Bundespolizei in einem „European Union Police Services Training (EUPST) Konsultations-Workshop“ vorbereitet wurden, um „Monitoring-, Mentoring-, Advising- und Trainingskapazitäten künftiger Missionsteilnehmer“ auszubauen, „im Zeitraum von 2015 bis 2018 stattfinden [sollen] und modular aufgebaut werden“ (vgl. Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion

DIE LINKE., Bundestagsdrucksache 18/3766 und meine Schriftliche Frage 31 auf Bundestagsdrucksache 18/4001), und welche inner- oder außereuropäischen Staaten bzw. sonstigen Teilnehmenden haben eine Beteiligung an konkreten Trainings zugesagt bzw. abgelehnt (bitte nach Titel, Ort und Datum der jeweiligen Trainings darstellen)?

38. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Inwiefern wird das Bundeskriminalamt (BKA) in seiner Funktion als vermittelnde Zentralstelle dafür sorgen, dass die von der als „Maria Block“ auftretenden verdeckten Ermittlerin (VE) des Hamburger Landeskriminalamtes in Brüssel begangenen „politisch motivierten Straftaten“ aufgeklärt werden, was erst offenkundig wurde, da sich die VE auf einer von der Polizei Belgien am 5. Oktober 2010 an das BKA übermittelten Meldung zu insgesamt 380 Personen (darunter 88 deutsche Staatsangehörige) befand, die als Straftäter im Rahmen des „No Border“-Camps bezeichnet wurden, worauf das BKA nach eigenem Bekunden erst durch einen Hinweis und ein nochmaliges Schreiben des Fragestellers aufmerksam wurde und diesen Sachverhalt schließlich bestätigte (Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksachen 17/13440, meine Schriftliche Frage 15 auf Bundestagsdrucksache 18/6020, meine Schriftliche Frage vom 6. Oktober 2015 Arbeits-Nr. 10/44, Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Günter Krings vom 22. Oktober 2015), und welche deutschen und belgischen Behörden wären aus Sicht der Bundesregierung für eine Untersuchung und Verfolgung der von der VE in Brüssel begangenen Straftaten zuständig?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

39. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Hat der Generalbundesanwalt zu den am 21. Oktober 2015 durchgeführten Durchsuchungen von mehreren Wohnungen in Bamberg und Nürnberg im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen führende Mitglieder der neonazistischen Partei Die Rechte und anderen extrem rechten Gruppierungen

gen, bei denen Waffen und illegal nach Deutschland eingeführte Sprengmittel sichergestellt, wurden, um nach Angaben der zuständigen Staatsanwaltschaft offenbar Anschläge auf eine Flüchtlingsunterkunft sowie auf linke Projekte zu verüben (vgl. „Neonazi-Razzien in Bamberg: Womöglich Anschlag vereitelt“, Nordbayern.de vom 22. Oktober 2015, www.nordbayern.de/region/bamberg/neonazi-razzien-in-bamberg-womöglich-anschlag-vereitelt-1.4736243) ein Prüfungsverfahren zur Übernahme der Ermittlungen angelegt, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

40. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Sofern der Generalbundesanwalt nicht beabsichtigt, die Ermittlungen zu übernehmen, welche Gründe liegen hierfür vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

41. Abgeordnete
Beate Walter-Rosenheimer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorannahmen, insbesondere Fallzahlen und Kostenhöhen, liegen der Kostenschätzung der Bundesregierung zugrunde, die sie in ihrem Gesetzentwurf zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und weiterer Vorschriften (Bundestagsdrucksache 18/6284) für das Vorziehen der Herabsetzung der Mindestaufenthaltsdauer bei Grundsicherung, BAföG und im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit ansetzen (ebd., S. 3, 19 und 20)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

42. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hat Deutschland die Gemeinsame Erklärung von Staaten der Europäischen Union und des Westbalkans zum Thema „How to maintain GMO-free agriculture in Europe“ im Rahmen der gleichnamigen Ministeriellen Konferenz am 21. August 2015 in Ptuj (Slowenien) trotz der Teilnahme Deutschlands nicht

unterzeichnet (vgl. <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12600-2015-REV-2/en/pdf>)?

43. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwieweit wurden bei der Aussprache der EU-Agrarminister am 22. Oktober 2015 (vgl. www.agra-europe.de vom 23. Oktober 2015) anlässlich der jüngsten Erteilung eines Patents auf eine konventionell gezüchtete Paprika durch das Europäische Patentamt (EPA) konkrete Schritte und Maßnahmen diskutiert, mit denen die Erteilung weiterer Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere unterbunden werden kann?

